

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Strukturfonds - Heizöl - Wohnungsbau - EG-Binnenmarkt - Frankreich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1988) : Kurz kommentiert: Strukturfonds - Heizöl - Wohnungsbau - EG-Binnenmarkt - Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 10, pp. 493-494

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136444>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Strukturfonds Unbefriedigender Kompromiß

Der Plan, strukturschwachen Ländern zusätzliche Finanzmittel zu verschaffen, hat einen weiten Weg zurückgelegt: Am Anfang stand die Idee, dem Bund die Hälfte der Sozialhilfekosten anzulasten und ihm dafür einen höheren Mehrwertsteueranteil zu überlassen. Dadurch wären die süddeutschen Länder benachteiligt worden, was zur Ablehnung dieses Vorhabens ausreichte. Um angeblich nicht an den Ergebnissen regional unterschiedlicher Entwicklungen, sondern an den Ursachen zu kurieren, soll nun ein mit jährlich 2,4 Mrd. DM dotierter Strukturfonds zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern geschaffen werden. Erneut begann der Streit um die Verteilung des Fondsinhalts, wobei einige der bekannten Wohlstands- und Notstandsindikatoren im Mittelpunkt stehen, auch wenn sie nicht gerade zur Identifikation von Ursachen der Strukturschwäche geeignet erscheinen.

Die Finanzierung von zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen kann durchaus eine aktive Regionalpolitik unterstützen. Das setzt aber voraus, daß die Länder mit entsprechenden Entwicklungskonzepten aufwarten können und daß Mitnahmeeffekte möglichst reduziert werden. Dennoch bleibt festzuhalten, daß es der regional- und strukturpolitischen Zielsetzung eines solchen Fonds wohl eher entsprochen hätte, Problemregionen mit Infrastrukturdefiziten kleinräumig zu identifizieren und zu unterstützen, anstatt die Mittel anhand von jeweils auf ein Bundesland bezogenen Indikatoren global zu verteilen. Die ursprüngliche Forderung einiger Länder nach Verbesserung ihrer generellen Finanzsituation hätte mit einer Neuaufteilung der Sozialhilfebelastrungen erfüllt werden können. Nunmehr erhalten alle Bundesländer mit Ausnahme von Hessen und Baden-Württemberg zusätzliche Finanzmittel, was weder unter finanzwirtschaftlichen noch unter regionalpolitischen Aspekten befriedigt. th

Heizöl Sondersteuer

Noch während der laufenden Novellierung des Mineralölsteuergesetzes wartet die Bundesregierung mit einer neuen Steueridee auf. An die Stelle einer generellen

Steuer auf schweres Heizöl soll nun eine Sondersteuer für die Verfeuerung schweren Heizöls in Kraftwerken treten. Die energiepolitische Begründung wird mitgeliefert: Der starke Anstieg des Verbrauchs von schwerem Heizöl in der Kraftwirtschaft in den letzten Jahren widerspreche der Politik „weg vom Öl“. Eine Steuer habe im übrigen weniger einschneidende Wirkungen als ein nach dem Gesetz auch mögliches Verbot.

Die geplante Steuer hat den für die Regierung angenehmen Nebeneffekt, daß zugleich mit dem Preisvorteil des Heizöls gegenüber der heimischen Steinkohle auch der Zuschußbedarf aus dem stark defizitären Ausgleichsfonds nach dem Dritten Verstromungsgesetz schrumpft. Nachdem die Bemühungen keinen Erfolg hatten, die Stromerzeuger zu einem freiwilligen Verzicht auf einen Teil ihrer Ansprüche aus dem Einsatz teurer deutscher Kohle zu bewegen, wird jetzt offensichtlich daran gedacht, diese Ansprüche einseitig zu verringern.

Der hastig geborene Steuervorschlag entsprang denn wohl auch nicht zuletzt der Erkenntnis, daß eine weitere Erhöhung des Kohlepennings auf starke Widerstände stoßen wird. An die „saubere“ Lösung, die Milliardenaufwendungen zur Stützung des Steinkohlenbergbaus aus dem öffentlichen Haushalt zu finanzieren und damit als Subvention sichtbar zu machen, statt sie den Stromverbrauchern als Sonderabgabe aufzubürden, traut sich in Bonn offensichtlich niemand heran. Der vorgeschlagene Ausweg würde die Finanzierungslücke sicherlich verringern. Gleichzeitig würden aber die Aussichten für eine Verlängerung des Jahrhundertvertrages zwischen Kohlenbergbau und Kraftwirtschaft weiter verschlechtert. ma

Wohnungsbau Hilfe für Aussiedler

Zur Erleichterung der Eingliederung deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa hat die Bundesregierung als Sofortmaßnahme Fördermittel in Höhe von 750 Mill. DM für das Jahr 1989 bereitgestellt. Ein gleich großer Betrag ist von den Bundesländern aufzubringen. Mit den 1,5 Mrd. DM sollen 1989 zunächst 30000 Wohnungen für Aussiedler erstellt werden. Neben dem Neubau sollen auch der Ausbau, der Umbau und die Erweiterung vorhandenen Wohnraums begünstigt werden. Außerdem sind Fördermittel dazu vorgesehen, die Freisetzung von Sozialwohnungen durch den Umzug der bisherigen Mieter zu erleichtern.

Mit dem Ziel der Flexibilisierung des sozialen Wohnungsbaus sowie zur Flankierung des Aussiedlerprogramms hat das Bundeskabinett im Rahmen eines Gesetzentwurfs zur Änderung des 2. Wohnungsbaugesetzes einen dritten Förderweg „Vereinbarte Förderung“ beschlossen. Damit sollen marktwirtschaftliche Elemente stärker als bisher im starren Kostenmietrecht berücksichtigt werden. Der nach dem neuen Modell zu schaffende Wohnraum unterliegt generell dem allgemeinen Mietrecht. Eine Verpflichtung zur Aufstellung umfangreicher Wirtschaftlichkeitsberechnungen, wie sie nach der alten Regelung zur Ermittlung der Kostenmiete nötig war, entfällt. Statt dessen vereinbart der Staat mit dem Vermieter die Höhe der Miete für eine Bindungsfrist von sieben Jahren.

Nachdem die politische Grundsatzentscheidung zur Aufnahme von rund 600 000 Aussiedlern allein bis 1990 gefallen ist, sind konsequente wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bewältigung der daraus resultierenden Probleme erforderlich. Bereits jetzt bezweifeln z.B. die Bundesländer und der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen den Erfolg des beschlossenen Programms wegen unzureichender Ausstattung. Großzügigkeit ist das Gebot der Stunde. hn

EG-Binnenmarkt Eigendynamik

Ein deutliches Ja zu einem „Europa der klingelnden Registrierkassen“, aber ein ebenso deutliches Nein zu einer weitergehenden politischen Integration – dies ist die Quintessenz der jüngsten Äußerungen von Frau Thatcher zur Zukunft der EG. Weniger der Inhalt dieses sattsam bekannten britischen Standpunktes, als vielmehr die Schroffheit, mit der dieser in Brügge und in Luxemburg vorgebracht wurde, sorgte bei den Partnern für mancherlei Irritationen. Diese dürften sich indes schnell verflüchtigen, legt man die Rhetorik unter der Rubrik britische Innenpolitik ab.

Problematischer ist die Frage nach der Konsistenz der Londoner Position. Auf der einen Seite zeigt sich Frau Thatcher als leidenschaftliche Verfechterin eines freien Kapital- und Bankenmarktes, auf der anderen Seite stemmt sie sich mit derselben Vehemenz gegen eine stärkere währungspolitische Kooperation. Einerseits befürwortet sie die nur durch eine Abschaffung nationaler Barrieren möglichen Effizienzgewinne eines EG-Binnenmarktes, andererseits sträubt sie sich gegen

jede Übertragung nationaler Kompetenzen auf Brüssel. Da das eine ohne das andere aber de facto nicht zu haben ist, muß ein solcher Politikansatz scheitern.

Die Erosion nationaler Souveränität, d.h. der Transfer von Entscheidungsgewalt, ist ein Prozeß, der in der Vergangenheit abgelaufen ist, der in der Gegenwart abläuft und der in der Zukunft weiterhin ablaufen wird. Die Vision des EG-Binnenmarktes besitzt mittlerweile eine Eigendynamik, die den Prozeß zu dessen Vollendung weitgehend unabhängig von den momentan handelnden Akteuren gemacht hat – für Frau Thatcher sicherlich eine unangenehme Erkenntnis. jm

Frankreich Einfallsreiche Protektionisten

Die Aussicht auf einen wirklichen europäischen Binnenmarkt beflügelt nicht nur Investoren aus der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch solche aus Drittländern. Die finanzielle und sonstige Förderung ausländischer Kapitalanlagen durch die Regierungen einzelner Mitgliedstaaten tut ein übriges. So haben großzügige Vorleistungen der öffentlichen Hand zweifellos die Wahl Großbritanniens als Standort der bisher größten japanischen Direktinvestition in Europa beeinflusst. Es handelt sich um das Automobilwerk Nissans in Sunderland. Das japanische Unternehmen revanchierte sich mit der Zusage hoher lokaler Wertschöpfung und umfangreicher Exporte. Jetzt, da die ersten Bluebirds nach Kontinentaleuropa rollen, stoßen sie dort aber auf Widerstand. Der französischen Regierung ist der lokale Fertigungsanteil zu niedrig, obwohl er mit 70% deutlich über der EG-Norm (60%) liegt. Sie will daher die Importe aus Großbritannien auf das schmale Kontingent japanischer Automobile anrechnen, die nach Frankreich eingeführt werden dürfen.

Der französische Vorstoß wäre verständlich, wenn er sich gegen die wettbewerbsverfälschende Subventions- und Auflagenpolitik der britischen Regierung richtete. Tatsächlich sollen die Auflagen aber noch verschärft, sprich der „local content“ auf 80% erhöht werden. Offensichtlich ist der französischen Regierung jedes Mittel recht, das die japanische Konkurrenz vom heimischen Markt fernzuhalten verspricht. Wenn Nissan wie geplant im Jahre 1990 den Europäisierungsgrad auf 80% gesteigert haben wird, wird man sich in Paris etwas Neues einfallen lassen müssen. Die diesbezügliche Kreativität erscheint freilich noch größer als die Begeisterung für den europäischen Binnenmarkt. ko